



# Wenn Arbeit krank macht

Eine Studie zeigt die unerwünschten Nebenwirkungen des Broterwerbs und potenzielle Folgekosten.

Sonja Gerstl

Alexandra U. arbeitet seit 19 Jahren im Krankenpflagedienst. Durch das häufige Heben von zum Teil doch eher schwergewichtigen Patientinnen und Patienten sind ihr Rücken und auch die Schultergelenke zwischenzeitlich schwer in Mitleidenschaft gezogen. Kreuzschmerzen sind ihr ständiger Begleiter. Dazu kommen familienfeindliche Arbeitszeiten, massiver Stress, wenig kooperative Patienten und mobbende Kollegen. Eine unbedachte Bewegung hätte ihr zu ihrem 38. Geburtstag im vergangenen Herbst beinahe einen Bandscheibenvorfall beschert. Seither ist sie in Physiotherapie und absolviert darüber hinaus ihr tägliches Rückentraining.

Schicksale wie das von Alexandra U. füllen die Ordner der arbeitsmedizinischen Zentren. Dort weiß man auch, dass Frau U. als diplomierte Krankenschwester quasi noch glimpflich davongekommen ist, denn weiter unten in der Rangordnung der Pflegeberufe herrschen oft-

mals ganz andere Arbeitsbedingungen. Vor allem Heimhelfer leiden unter massiven gesundheitlichen Schäden. Welche Haltungen und Techniken beim Heben von Patienten anzuwenden sind, wurde ihnen während ihrer Ausbildung oftmals nur ungenau erklärt, technische Hilfsgeräte wie Pflegebetten oder Hebe- und Aufstehhilfen sind in privaten Haushalten Mangelware.

## 2,8 Milliarden Euro Schaden

Wie krank Arbeit mitunter machen kann und welche finanziellen Schäden das volkswirtschaftlich bedeutet, hat das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung (Wifo) im Auftrag der Arbeiterkammer Österreich (AK) erhoben. Beachtliche 2,8 Mrd. Euro, so heißt es in der Studie, fallen hierzulande Jahr für Jahr einzig und alleine deshalb an, weil Menschen in einem mitunter schwer gesundheitsschädigenden Klima ihrem Broterwerb nachkommen müssen. Durch eine spezielle Methodik der Studie ist es nun erstmals für Österreich

möglich, jene Anteile am Krankenstandsgeschehen zu identifizieren, die mit ganz bestimmten Arbeitsbedingungen in Zusammenhang stehen. Dadurch kann auch aufgezeigt werden, welche Kosten eingespart oder zumindest reduziert werden könnten, wenn auf betrieblicher Ebene entsprechende Maßnahmen in Sachen Arbeitnehmerschutz konsequent umgesetzt werden würden. „Gesundbleiben bei der Arbeit ist ein Recht der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und gehört daher geschützt. Maßnahmen zur Prävention sind oft einfach und kosten nicht die Welt“, plädierte AK-Präsident Herbert Tumpel anlässlich der Präsentation der Studie an das Verantwortungsbewusstsein von Unternehmen und Politik, um hier entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen.

Bereits in seinem *Fehlzeitenreport 2008* berechnete das Wifo für alle Krankenstände 12,7 Mrd. Euro an direkten und indirekten betriebswirtschaftlichen Kosten und Gesundheitsausgaben pro Jahr. In der aktuellen Studie ging man einen Schritt



**Arbeitnehmerschutz spart Geld.** Foto: Bilderbox.com

weiter und wies nach, dass alleine sechs körperliche Arbeitsbelastungen – nämlich schwere körperliche Arbeit, die Einwirkungen von Vibrationen, die Arbeit mit gefährlichen Stoffen, die Gefahr von Arbeitsunfällen, erzwungene Körperhaltungen bei der Arbeit und die Belastung, die das Tragen von Schutzausrüstungen darstellt –

rund 23 Prozent aller Krankenstandskosten ausmachen. Und nachdem bekanntlich ein Unglück selten allein kommt, ist ein großer Teil der Arbeitnehmer gleich mehreren dieser physischen Faktoren ausgesetzt. Im Klartext: In rund 20 Prozent der Krankenstände liegen mindestens zwei der sechs Faktoren vor, in über 14 Prozent sogar mindestens vier. Psychische Arbeitsbelastungen sind hierbei noch nicht einmal berücksichtigt.

Fazit der Studie: Gezielte Maßnahmen zur Reduktion der gesundheitlichen Beeinträchtigungen im Arbeitsalltag sind ein Gebot der Stunde. Schließlich liegt in der Prävention eine Voraussetzung dafür begründet, dass die voranschreitende Alterung der Erwerbsbevölkerung nicht zu einer Beeinträchtigung der Arbeitsproduktivität und Wirtschaftskraft einerseits und zu einer überproportionalen gesundheitlichen Beeinträchtigung der älteren Menschen andererseits führt. Beides nämlich ist der Volkswirtschaft nicht bekömmlich.

## Notiz Block



### Cable Liner für Caracas

DCC (Doppelmayr Cable Car), ein Tochterunternehmen der Doppelmayr/Garaventa-Gruppe, hat den Zuschlag für den Bau eines Cable Liner Shuttles in Venezuelas Hauptstadt Caracas erhalten. Das automatische,

2,3 Kilometer lange Nahverkehrssystem soll zwei U-Bahn-Linien verbinden. Der Auftrag beinhaltet die schlüsselfertige Errichtung des Systems. Mit Planung und Engineering der Anlage wird unverzüglich begonnen. Die Fertigstellung und Inbetriebnahme ist für Ende 2011 geplant.

### Kaspersky-Lab-Niederlassung

Der Antiviren-Software-Anbieter Kaspersky Lab lässt sich mit seiner neuen Niederlassung in Wien nieder. Damit will der IT-Sicherheitsspezialist sein Geschäft weiter ausbauen und sein Netzwerk im europäischen Raum stärken. Country Manager und gewerberechtlicher Geschäftsführer der Kaspersky Labs Österreich wird Bernhard Oberhauser, der zuvor als Territory Manager den österreichischen Markt betreute. Unternehmerischer Geschäftsführer ist Axel Diekmann, Managing Director für den Bereich Kaspersky Lab Central Europe. Neu im österreichischen Team ist Christine Baier, die ab sofort die Aufgabe des Territory Managers Austria wahrnehmen wird. Sie fungiert als lokale Ansprechpartnerin und wird sich vor Ort um die Channel-Partner kümmern, neue Partner und Zielmärkte identifizieren sowie Großkunden akquirieren.

### Pfizer legt Zahlungen offen

Der weltgrößte Pharmakonzern Pfizer will einen Großteil seiner finanziellen Beziehungen zu Ärzten und Forschern offenlegen. Mit dem Schritt wolle Pfizer mehr Vertrauen in seine Arbeitsweise und seine Medikamente schaffen, begründete der New Yorker Konzern den Schritt. Größere Transparenz fördere zudem die medizinischen Innovationen, sagte eine Unternehmenssprecherin. Ab dem kommenden Frühjahr sollen Honorare für Beratertätigkeiten, Redner-Verträge und klinische Studien auf der Unternehmenswebsite [www.pfizer.com](http://www.pfizer.com) veröffentlicht werden. Der Konzern, der auf einen Umsatz von mehr als 48 Mrd. Dollar kommt, gab zuletzt rund acht Mrd. Dollar im Jahr für Forschung und Entwicklung aus. Pfizer will unter anderem Zahlungen an Forscher für Studien der Phase I bis Phase IV offenlegen. Darunter fallen sämt-

liche klinischen Arzneistudien – von der ersten Erprobung an wenigen Menschen (Phase I) bis hin zu großen Zulassungsstudien (Phase III) und weiterführenden Tests nach Beginn der Vermarktung (Phase IV). Im vergangenen Jahr hatte der US-Konzern nach eigenen Angaben weltweit mit fast 8000 Medizinern bei mehr als 280 klinischen Studien zusammengearbeitet. Dabei flossen viele Gelder an Studienleiter und Forschungseinrichtungen. Andere internationale Pharmakonzerne wie Eli Lilly und Merck & Co aus den USA oder Glaxo Smith Kline aus Großbritannien hatten ebenfalls angekündigt, in unterschiedlichem Umfang Zahlungen an Ärzte für Redner- und Beratertätigkeiten offenzulegen. Bei der strittigen Praxis der Ghostwriter für klinische Studien will Pfizer allerdings nicht alle Zahlungen publik machen. Pfizer betrachtet solche Autoren allerdings nicht als Ghostwriter, sofern ihre Mitwirkung angemerkt wird. APA/kl